Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 11. November 2014

Niederschrift
über die 3. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 05.11.2014
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:35 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung/während TOP**
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	bis TOP 3.
Frau Claudia Hänsel	
Herr Christian Hermann	
Herr Wolfgang Hinz	ab TOP 2.
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Steffen Zenner	
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Arndt Fröhlich	entschuldigt
Herr Uwe Geisler	bis öffentl. Teil
Herr Eric Holtschke	
Frau Gabriele Lorenz	
Frau Carola Rohloff-Soares	
Stellvertretendes Mitglied	
Herr Dieter Rappenhöner	Vertretung für Herrn Benjamin Zabel, bis TOP 4.3.

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Benjamin Zabel	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Organisation	gesamte Sitzung
Frau Weck	Leiterin Pressestelle	bis TOP 5.
Herr Tillmann	Bereichsjurist GB OB	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Grasse	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste	bis TOP 5.
Frau Pissors	FG Personal/Organisation	gesamte Sitzung
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	gesamte Sitzung

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Räch	Freie Presse – öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 08.10.2014
1.3. Beantwortung von Anfragen
2. Vorberatung
2.1. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion zur Hauptsatzungsänderung, § 19 Kleingartenbeirat, Reg.-Nr. 6-14 -Stellungnahme der Verwaltung
3. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen ist hierbei verbindlich)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 3. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Steffen Zenner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, und Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 3. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 08.10.2014

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 2. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 08.10.2014 - öffentlicher Teil - fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, stellt zur Anfrage von Stadtrat Gerbeth bezüglich der Situation am Tunnel fest, dass es zwar eine Antwort gibt, eine Änderung aber bis jetzt nicht zu erkennen ist.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, informiert, dass seine Anfrage zum Grundstück neben dem Textilreinigungsbetrieb noch in Bearbeitung ist.

2. Vorberatung

2.1. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion zur Hauptsatzungsänderung, § 19 Kleingartenbeirat, Reg.-Nr. 6-14 -Stellungnahme der Verwaltung

Oberbürgermeister Oberdorfer erteilt Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, als Antragsteller das Wort.

Stadtrat Rappenhöner führt u. a. aus, dass die Meinung vertreten wird, einen Beirat gründen zu können, indem mehrere Vertreter der Kleingartenverbände Mitglied sind. Der Beirat soll den Stadtrat und seine Ausschüsse als beratendes Gremium dienen. Er weist darauf hin, dass eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung vorliegt.

Stadtrat Steffen Zenner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, führt dazu aus, dass die Unterstützung der Kleingärtner außer Frage steht. Die Fraktion ist nicht der Meinung, dass ein neuer Beirat dazu einberufen werden sollte. Aus diesem Grund wurde ein Änderungsantrag gestellt der beinhaltet, dass größere Vereine in regelmäßigen Abständen und bei Bedarf in zuständige Fachausschüsse eingeladen werden unter dem TOP Informationen „Bericht zur Vereinsarbeit“. Die Vereine sollten Rede- und Fragerecht erhalten.
Nach erfolgter Kontaktaufnahme mit dem Vorstand der Kleingärtner wäre eine Teilnahme in den Ausschüssen 2-mal jährlich ausreichend.

Oberbürgermeister Oberdorfer bestätigt den Eingang des Änderungsantrages.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., vertritt die gleiche Meinung wie die CDU-Fraktion, dass ein neuer Beirat nicht notwendig ist. Bereits am Montag wurde dahingehend diskutiert, dass Mitglieder dieses Vereins zu den notwendigen Versammlungen auftreten sollten und auch Rederecht erhalten.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, geht davon aus, dass die Fraktion mit dem Regionalverband über diesen Vorschlag gesprochen hat. Wichtig ist, dass die Probleme der Kleingärtner vorgetragen werden können und zur Befassung kommen. Er empfiehlt eine nochmalige Kontaktaufnahme mit dem Regionalverband. Ihm ist bekannt, dass die Geschäftsführerin des Kleingartenbeirates, Frau Schättler, im Stadtrat 1-mal im Jahr mit 5 oder 6 Mitgliedern die Probleme vortragen möchte.
Über eine zwingende Beiratsgründung sollte nochmals gesprochen werden.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, merkt an, dass in dem Gespräch am Montag die SPD Mitglieder dem so zugestimmt hätten, dass kein Beirat gegründet werden soll, sondern die Vertreter des Verbandes regelmäßig als Sachverständige eingeladen werden und natürlich Rederecht haben. Es ist nach SächsGemO möglich.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht es positiv, dass die Belange der Kleingärtner aber auch anderer Vereine stärker im Stadtrat und seinen Ausschüssen Beachtung finden möchten.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, informiert zu Gesprächen/Rückmeldungen mit/von Vereinen und Frau Schättler. Es bestand die Meinung, es sollte einen Beirat geben. Aus der Sicht der Fraktion ist ein Beirat kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand, sondern eine Frage von Bürgerbeteiligung und Demokratie. Er möchte auch darauf hinweisen, dass nicht alle Kleingartenvereine im Regionalverband organisiert sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird veranlassen, beide Vorstellungen/Anträge in einer Antwort - auch in ein Verhältnis zur SächsGemO gestellt - darzulegen, was aus Sicht der Verwaltung möglich ist.
Er würde die heutige Diskussion als 1. Lesung werten und mit der Stellungnahme zum 2. Antrag zu einer Entscheidung kommen wollen.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, erklärt, dass die Fraktion dem Vorschlag gerne folgt. Es wurde von allen Fraktionen zugestimmt, dass grundsätzlich die Kleingärtner eingebunden werden sollen. Hinsichtlich einer gemeinsamen Lösungsfindung ist er zuversichtlich.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass nach erfolgter zweiter Stellungnahme der TOP nochmals auf die Tagesordnung der entsprechenden Ausschüsse gesetzt wird.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, führt aus, dass im Vogtlandkreis den Vorsitz eines Beirates ein Bediensteter übernimmt. Herr Tillmann, Bereichsjurist GB OB, schlägt in der Stellungnahme vor „aus der Mitte des Beirates gewählt". Er hält diesen Vorschlag für nicht sehr glücklich.

Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt Herrn Tillmann, Bereichsjurist GB OB, zum Vorsitz des Beirates nochmals in der 2. Lesung zu informieren.

3. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen ist hierbei verbindlich)

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Beachtung des § 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen.

- Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, hätte gern die Ursachen für die Computerproblem gewusst, dass das Einwohnermeldeamt am Samstag, dem 25.10.2014 geschlossen bleiben musste.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass Hardwareteile und damit die Serveranlage im Haus ausgefallen sind. Diese wurden nachbestellt. Der Austausch der Hardware erfolgte durch entsprechende Partner-/Drittfirmen. Eigene Dienstleistungen waren auch damit verbunden.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, bittet um ausführliche Darstellung der Auswirkungen, wie lang welche Arbeitsausfälle entstanden sind und wie mit dem Problem zukünftig umgegangen wird?

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, führt aus, dass eine umfangreiche Fragenliste erstellt und dem EigB GAV zugesandt wurde.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Information zu.

- Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion FDP/Initiative Plauen, interessiert, zum gescheiterten Grundstücksverkauf in Neuensalz
a) gibt es neuere Entwicklungen oder kann man definitiv sagen, dass Neuensalz für diese Investition nicht mehr zur Debatte steht und
b) wie die Stadt für künftige Situationen mit Alternativgrundstücken begegnet.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die zeitlichen Abläufe dar und führt u. a. aus, dass nach erster Kontaktaufnahme Gespräche mit der Wirtschaftsförderung des Vogtlandkreises, der Wirtschaftsförderung der Stadt Plauen, der WFS und dem Investor folgen. Dem Investor werden seinem Bedarf entsprechende Grundstücke gezeigt. In diesem Fall wurden ihm 2 Grundstücke vorgestellt, das besagte Grundstück in Neuensalz und ein Grundstück in Taltitz. Dem Investor sagte das Grundstück Neuensalz Nord besser zu. Daraufhin wurde im Stadtrat ein

Verkaufsbeschluss herbeigeführt. Der gestellte Bauantrag wurde von Oberbürgermeister Oberdorfer mit einer Baugenehmigung verabschiedet. Innerhalb des Bauantrages sind verschiedenste Gutachten beizubringen, die zum Teil erst im Baugenehmigungsverfahren verlangt oder deren Notwendigkeit offensichtlich wird. Die innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens erstellten Gutachten sind von dem beantragenden Unternehmen beizubringen. Dann erfolgen Absprachen mit den Grundstücksanliegern, die nach dem Baugesetz in diesem Fall zwingend waren. Bei einem Unternehmen gab es keine Probleme. Ein weiteres überlegt, ob es Auswirkungen beispielsweise auf eine installierte Fotovoltaik-Anlage hat. Ein Unternehmen mit Hochpräzisionsmaschinen hat sein Einverständnis in Aussicht gestellt. Dafür wurde innerhalb des Verfahrens ein Gutachten erstellt. Bei Vorlage des Gutachtens hat der Unternehmer Bedenken angemeldet und ein zweites Gutachten verlangt. Die Wirtschaftsförderung Sachsen zahlte ein zweites Gutachten. Das Baugenehmigungsverfahren war schon bis zur Genehmigung vorangeschritten.
Dem Unternehmen als Investor ist ein Baubeginn zu riskant, wenn die Möglichkeit von Folgeklagen benachbarter Unternehmen besteht. Derartiges ist nicht im Vorfeld zu klären.

Zum 2. Teil der Frage, führt Oberbürgermeister Oberdorfer aus, dass er es für richtig hält, wenn eine Region mehrere Grundstücke anbieten kann.
Deshalb erging schon mehrfach an den Stadtrat die Information, dass weitere Erschließungen an der Autobahn vorangebracht werden sollen. Das bedeutet für die Stadt, Oberlosa Teil II. Im Haushaltsplan für das nächste Jahr werden Finanzmittel eingestellt. Weiter folgt die Erstellung eines Bauleitplanes.

Stadtrat Steffen Zenner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, übergibt Oberbürgermeister Oberdorfer einen Antrag der Fraktion, das Thema „Firmenansiedlung in Neuensalz“ im Stadtrat nochmals aufzugreifen.
Stadtrat Zenner stellt weiterhin folgende Fragen:
Gab es einen Plan B für eine Grundstücksvermarktung?
Entstehen für die Stadt Plauen Schadenszahlungen?
Ist es nicht angezeigt, den Schritt zu einer Vogtländischen Wirtschaftsagentur zu vollziehen?

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass er eine Vogtländische Wirtschaftsagentur schon immer begrüßt hat. Durch den Stadtrat der Stadt Plauen wurden entsprechende Beschlüsse schon vor Jahren gefasst, die leider vom Vogtlandkreis nicht nachvollzogen wurden.
Es ist ein Teil der Aufgaben des Vogtlandkreises und sollte auch im Kreistag so kommuniziert werden. Die Vogtländische Wirtschaftsagentur könnte aus der Finanzmasse des Vogtlandkreises (über die Kreisumlage) bestritten werden.

Die Stadt ist dem Unternehmen keine Zahlungen schuldig.
Die Termine wurden unsererseits eingehalten wie Erteilung der Baugenehmigung und Bearbeitung der Baugenehmigung. Zeitliche Fragen liegen nicht in einem Schuldverhältnis der Stadt.
In dieser Größe konnte dem Investor kein anderes Grundstück angeboten werden.
Das Grundstück in Taltitz ist schon längere Zeit im Portfolio.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, hat eine Frage zur Geschäftsordnung. Er würde darum bitten, wenn Vorlagen im mehreren Fachausschüssen zur Beratung vorliegen, zu Beginn des Folgeausschusses das Ergebnis des vorhergehenden Ausschusses bekanntzugeben.

Oberbürgermeister Oberdorfer stimmt dem zu.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, weist darauf hin, dass im Umweltausschuss nicht über den Kleingartenbeirat gesprochen wurde sondern über Grüngutannahme.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass sich die Stadt aus seiner Sicht zum Gewerbegebiet Neuensalz völlig korrekt verhalten hat. Er fragt sich, welche andere

industrielle Nutzung möglich ist.
Er bittet weiterhin um Darstellung, welche Vorteile es hat und was das für die Stadt bedeutet, dass die Ansiedlung in Taltitz geschieht - auch mit Sicht auf die Einkommenssteuer.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass das Grundstück für jede Industrieansiedlung geeignet ist. Der Einzelfall ist in der Baugenehmigung nachzuweisen.

- Stadtrat Steffen Zenner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses am 3. November über das Thema Schlosshang nicht informiert wurden.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, im nächsten Stadtbau- und Umweltausschuss eine Information zum aktuellen Stand am Schlosshang gibt.

- Oberbürgermeister Oberdorfer führt zum Personalkostenanteil aus.

Die Fragen zum Personal sind haushaltsrelevante Zahlen. Deshalb werden die Ausführungen zur Personalkostensenkung im nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt dar, dass die Stadt Plauen als sächsisches Oberzentrum seit Jahren die niedrigsten Steuersätze hat. Insbesondere in der Personalverwaltung liegt die Stadt unter dem Richtwert anderer vergleichbarer Städte.

Er bittet Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, um Ausführungen zum Thema.
Frau Karliner bezieht sich auf das vor der Sitzung ausgereichte Papier „Haushaltskonsolidierung durch Personalkostenreduzierung“. Sie bittet es als Ergänzung zu der Präsentation zu sehen. Sie weist auf die unter I. des ausgereichten Schreibens aufgeführte Personalkosteneinsparung durch Reduzierung der Arbeitszeit hin.
Hervor hebt sie, dass die Einsparungen durch Tarifverträge beginnend 1996 für jeden Beschäftigten ein Jahresgehalt bedeutet.
Konkret zum Haushalt 2015 führt sie anhand einer Power-Point-Präsentation aus:
Personalstandsrichtwert (Einhaltung der VwV 9,3 VZÄ/1000 Einw.), Einsparung durch Reduzierung der Arbeitszeit, pauschale Reduzierung der Personalkosten aufgrund von Elternzeit, Langzeitkranke, die nicht geplant werden können bzw. die geplanten Personalkosten nicht vollständig in Anspruch genommen wurden. Ohne diese Einsparungen und Reduzierungen würden wir nächstes Jahr im Bereich der Personalkosten bei 33,2 Mio. EUR liegen.
Die Stadt Plauen hat keinen Personalüberhang mehr. Der Personalstandsrichtwert Stadt Plauen liegt bei 8,46 VZÄ/1000 Einwohner.
Die Gewerkschaften weisen darauf hin, dass ein Tarifvertrag nicht zur Haushaltskonsolidierung dienen soll.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., hätte gern gewusst, zur Aussage von Herrn Täschner, was passiert wenn er als Bürgermeister die Stelle nicht mehr ausfüllt und welche Kosten das für die Stadt erbringen würde?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass die Fraktionsvorsitzenden darüber im Ältestenrat informiert wurden.
Es gibt einen gültigen Geschäftsverteilungsplan und die Aussage eines Bürgermeisters, dass er nach Beendigung seiner Wahlzeit nicht mehr zur Verfügung steht. Diesen Zeitplan und wie das inhaltlich geschehen soll ist den Fraktionsvorsitzenden bekannt. Durch Frau Karliner wird eine Formulierung zur Stellenausschreibung zugearbeitet. Diese geht in die Beratungsgremien des Stadtrates zur Meinungsbildung und dann erfolgt die Ausschreibung.
Auch Korrekturen in den Geschäftsbereichen können in diesem Zusammenhang durch den Stadtrat beschlossen werden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, bittet, diese Darstellung und Grafiken den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass die Präsentation des öffentlichen Teils den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, führt aus, dass Mitarbeitern städtischer Gesellschaften die keinen Tarifvertrag mehr haben (z. B. Straßenbahn) schwer zu vermitteln ist, dass bei der Kernverwaltung ein Tarifvertrag sein muss und sie müssen auf alles verzichten.

Stadtrat Steffen Zenner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, weist auf die Formulierung in der Genehmigung des Haushaltes durch den Vogtlandkreis hin. Plauen wird aufgefordert, Konsolidierungsmaßnahmen in allen Bereichen durchzuführen, sonst wird der Haushalt nicht genehmigt. Er vertritt die Auffassung, dass sich jeder mit seinem Arbeitgeber identifizieren sollte. Von Entlassungen war niemals die Rede.

Keine weitere Wortmeldung.

Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Steffen Zenner Stadtrat
Plauen, den12.11.2014	Plauen, den
Winkler Schriftführer	Claudia Hänsel, Stadträtin